

Grünbuch zur Energieeffizienz

Die wachsende Abhängigkeit der Europäischen Union (EU) von Energieimporten bei ständig steigenden Ölpreisen hat die Europäische Kommission motiviert, im Grünbuch über Energieeffizienz (EE) vom 22.6.2005 ehrgeizige Zielvorgaben für die Energieeinsparung vorzuschlagen: Bis 2020 sollen in der EU 20 % des Energieverbrauchs kostenwirksam durch geändertes Verbraucherverhalten und energieeffiziente Technologien eingespart werden. Das Grünbuch über EE stellt Möglichkeiten vor, wie diese Einsparungen erreicht werden können. Nach Einschätzung der Kommission müssten in der Folge ca. 60 Milliarden EUR weniger für Energie ausgegeben werden. Dieses Geld könnte in die europäische Industrie investiert werden und zu mehr Wachstum und Beschäftigung (Lissabon-Ziele) beitragen. Zudem würde die EE-Initiative es der EU auch ermöglichen, bei der Erfüllung ihrer Verpflichtungen aus dem Kyoto-Protokoll zum Klimaschutz entscheidend voranzukommen.

1. Warum ein Grünbuch zur Energieeffizienz?

Die Ereignisse der jüngsten Zeit – Rekordpreise für Öl, Auseinandersetzungen über russische Gaslieferungen – haben dafür gesorgt, dass das Thema Energie in der öffentlichen Wahrnehmung und auf der Agenda der EU-Institutionen wie der Mitgliedstaaten ganz oben steht – z. B. als einer der Eckpfeiler der reformierten Lissabon-Strategie für Wachstum und Beschäftigung, in der polnischen Initiative für eine „Energie-NATO“ oder im Grünbuch „Eine europäische Strategie für nachhaltige, wettbewerbsfähige und sichere Energie“ vom 8. März 2006. Dabei darf aber nicht übersehen werden, dass die EU die Bedeutung des Themas Energie bereits seit längerem erkannt hat. Seit Veröffentlichung des Grünbuchs zur Energieversorgungssicherheit (2000), das bereits vor einer Abhängigkeit der EU von Energieimporten warnte, wurden Maßnahmen ergriffen, um diesen Zustand zu ändern. Zu nennen sind etwa die Richtlinie über die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden (2002/91/EG), die Richtlinie zur Kraft-Wärme-Kopplung (2004/8/EG) und die jüngst verabschiedete Richtlinie zur Endenergieeffizienz (COD 2003/300), die schon eine Reduzierung des Energieverbrauchs um 9 % von 2008 – 2017 vorsieht. Dazu kommen das Projekt einer Ökodesign-Richtlinie, das Programm „Intelligente Energie – Europa“ sowie Maßnahmen zu erneuerbaren Energien.

Das Grünbuch über EE reiht sich in diese Initiativen der EU ein. Angesichts des stetig um 1 bis 2 % pro Jahr steigenden Energieverbrauchs – bis 2020 sei ein weiteres Wachstum um 10 % denkbar –, will die Kommission mit dem Grünbuch eine breite Debatte darüber anstoßen, wie dieser Trend beim Energieverbrauch umzukehren ist. Das Grünbuch nennt vor allem drei Gründe, warum große Anstrengungen zur Verbesserung der EE – dem Verhältnis zwischen Energieerzeugungsleistung und Energieeinsatzmenge – unternommen werden sollten:

Wettbewerbsfähigkeit / Lissabon-Agenda:

Studien hätten ergeben, dass es bis 2020 möglich sei, auf kostengünstige Weise den aktuellen Energieverbrauch um 20 % zu verringern. Obwohl z. T. hohe Investitionen nötig seien, könnten die Einsparungen danach bis zu 60 Milliarden Euro betragen, 200 bis 1000 Euro pro Jahr für einen durchschnittlichen Haushalt. Besonders optimistisch gibt sich das Grünbuch im Hinblick auf die Beschäftigungsentwicklung: Bis zu einer Million neuer Jobs könnten geschaffen werden, viele davon im hochqualifizierten Bereich. Zudem würde die Wettbewerbsfähigkeit gestärkt.

Dienstleistungen und Technologien zur EE-Steigerung seien weltweit zunehmend gefragt. Wenn solche EE-Techniken zuerst in Europa entwickelt und erprobt würden, bestünden große Exportpotenziale.

Umweltschutz: Von einer höheren EE profitiert nach Ansicht der Kommission vor allem auch die

Umwelt: Gelänge es, den Energieverbrauch um 20 % zu senken, könnte damit bereits die Hälfte des nach dem Kyoto-Protokoll zu erzielenden CO₂-Emissionsabbaus schnell, nachhaltig und kostengünstig erreicht werden. Zudem würde eine Verschwendung von Ressourcen beendet und auch lokal die Umweltbedingungen verbessert werden. Europa könnte hier mit gutem Beispiel vorangehen und den Entwicklungsstaaten helfen, neue Strategien und Technologien hervorzubringen.

Versorgungssicherheit: Die Importabhängigkeit der EU werde 2030 bei Erdöl 90 % und bei Erdgas 80 % betragen. Dabei ist eine weitere Preissteigerung gerade angesichts der zunehmenden Nachfrage aus den Entwicklungsländern wahrscheinlich. Wollte man die Energieversorgung der EU dauerhaft sichern, so sei es unverzichtbar, jetzt den Energieverbrauch auf dem aktuellen Niveau zu deckeln und später weiter zu reduzieren.

2. Welche Hindernisse bestehen?

Als Hindernis für eine effektive EE-Politik nennt das Grünbuch zunächst ein **Informationsdefizit**, z. B. über Kosten und Verfügbarkeit neuer Technologien, über die Kosten des eigenen Energieverbrauchs etc. Es komme zu irreführenden Preisen durch mangelnde Transparenz und den Ausschluss externer Kosten (wie Umweltauswirkungen). Den Abnehmern werde der Preis ihres Verbrauchs nicht verständlich gemacht, ihnen werde kein Weg zu einem sparsamen und vernünftigen Energiegebrauch gezeigt. **Technische Hürden** könnten die Marktdurchsetzung neuer Techniken erschweren.

Schließlich bestünden **finanzielle Hürden** – wie etwa die auf mangelnder Information oder Risikoabneigung beruhende Zurückhaltung von Investoren. Es fehle auch an geeigneten Finanzierungsinstrumenten. Die öffentliche Hand handle nicht immer effektiv: Staatliche Beihilfen und steuerliche Maßnahmen würden falsch angewendet und stellten oft keine Anreize für energieeffizientes Handeln dar.

3. Was kann getan werden?

Die Kommission schlägt eine Reihe von Maßnahmen vor, um die o. g. Probleme zu lösen:

3.1 EU Ebene

Die EE sollte in den Mittelpunkt der EU-Politik gestellt werden. Im Bereich von **Forschung und Entwicklung** sollen bestimmte Energiethemen im 7. Forschungsrahmenprogramm verstärkt gefördert werden, z. B. erneuerbare Energiequellen, Smart-Energy-Netzwerke, Biokraftstoffe, Brennstoffzellen etc. Das Programm „Intelligente Energie – Europa“ soll finanziell aufgestockt werden (780 Mio. Euro). Es fördert die Überwindung nichttechnologischer Barrieren auf den Gebieten EE und erneuerbare Energien.

Die Mitgliedstaaten sollen im Rahmen ihrer nationalen Lissabon-Reformprogramme das Ziel der verbesserten EE berücksichtigen. Zusätzlich könnten jährliche nationale **Aktionspläne zur EE** erstellt werden. An den dort genannten Zielen könnten dann die Erfolge hinsichtlich EE und Kostenwirksamkeit gemessen werden. Die Pläne könnten durch Expertengutachten und ein Benchmarking auf EU-Ebene begleitet werden, um den Mitgliedstaaten einen Vergleich und die Übernahme von besten Praktiken zu erleichtern. Die EU sollte besser als bisher **steuerliche Maßnahmen** fördern, die bestimmte Verhaltensweisen belohnen oder bestrafen. Es soll angestrebt werden, zu einer Harmonisierung der Steuersysteme zu kommen, um die EE einheitlich zu fördern, z. B. durch die Entwicklung und Verbreitung verbrauchsarmer, sauberer Autos. Die Kommission billigt **staatliche Fördermittel** zugunsten der EE anhand von Leitlinien über Umweltschutzbeihilfen, die zzt. überarbeitet werden. In Zukunft soll größeres Gewicht auf ökologische Innovation und Produktivitätsgewinne aus EE gelegt werden.

Das **öffentliche Beschaffungswesen** soll insgesamt „grüner“ werden und Umweltkriterien mehr berücksichtigen. Über öffentliche Aufträge sollen EE-Technologien gefördert werden (EDV, Energiesparautos).

Die **Finanzierungen** auf europäischer Ebene könnten optimiert werden, z. B. durch eine bessere Risiko-Absicherung unter Einbeziehung der Europäischen Investitionsbank. EE und sauberer Nahverkehr sollen ein Schwerpunkt der Förderung über Kohäsionsfonds werden.

Zielgerichtete energiepolitische Maßnahmen schlägt die Kommission vor allem in vier Bereichen vor. Bei **Gebäuden** komme z. B. eine Ausweitung der Richtlinie über die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden (2002/91/EG) in Betracht. Auch eine Regelung für **Haushaltsgeräte** über die geplante Öko-Design-Richtlinie (Problem der Stand-by-Stellung) wird angestrebt. Über die Initiative CARS 21 könne die Verbesserung der **Kraftstoffeffizienz** von Fahrzeugen weiter vorangetrieben werden. Verbraucherinformation und -schutz müssten verbessert werden etwa durch Werbekampagnen und eine transparentere Produktkennzeichnung.

3.2 Nationale Ebene

Im Bereich der Elektrizitätswirtschaft sei an eine bessere **Regulierung** der Stromnetze – zur Verringerung von Übertragungsverlusten – und der Versorgungsaktivitäten (integrierte Energiedienstleistungen) zu denken, ebenso wie an eine klarere Verbrauchserfassung.

Auch die **Stromerzeugung** könne durch Verwendung der besten Technologie verbessert werden, indem etwa Kraftwerken mit 25 %iger Effizienz ersetzt werden, da die beste verfügbare Technik heute schon 60 % Effizienz erreiche. Insbesondere die EE von Kohlekraftwerken solle so schnell wie möglich auf über 50 % gesteigert

werden. Die Mitgliedstaaten sollen darüber hinaus die dezentrale Energieerzeugung und die Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) fördern. Als Marktinstrumente für mehr EE könnten handelbare **Einsparzertifikate** („Weiße Zertifikate“) eingeführt werden.

3.3 Industrie

Im Bereich der Industrie sei es wichtig, beste Praktiken zu fördern und Informationen über Ergebnisse auszutauschen, die durch die große Anzahl bereits erfolgter **freiwilliger Vereinbarungen** über bestimmte Effizienzziele erreicht wurden. Solche freiwilligen Vereinbarungen und Umweltprogramme seien weiter zu fördern.

3.4 Verkehrswesen

Im Verkehrswesen müsse das Verkehrsmanagement (einschließlich das des Luftverkehrs) zur Förderung des Verkehrsflusses und des Kombiverkehrs (Schifffahrt, Schienenverkehr) verbessert und ein Markt für umweltfreundliche Fahrzeuge geschaffen werden. Darüber hinaus sollte man Straßengebühren entwickeln, die zur Verhaltensänderung beitragen, Reifen verbessern und die öffentlichen Verkehrsmittel fördern.

3.5 Regionale und lokale Ebene

Aktionspläne können nach Ansicht der Kommission nur dann ihr Potenzial ausschöpfen, wenn die **regionale und lokale Ebene** miteinbezogen ist. Die Kommission versucht, viele Aktionen für die lokalen Ebenen über das Programm „Intelligente Energie – Europa“ zu bündeln. Einen Schwerpunkt soll dabei das Problem der verstopften Innenstädte bilden. Schließlich sollen genau zugeschnittene Finanzierungsinstrumente die Durchführung kleinerer, nachhaltiger EE-Projekte ermöglichen.

3.6 International

Auf internationaler Ebene könne die EU mehr erreichen als die Mitgliedstaaten. Sie solle daher

die EE in den internationalen Beziehungen stärker als bisher berücksichtigen und versuchen **international eine Führungsrolle** – etwa bei der Ausarbeitung von globalen Standards – zu übernehmen. Zentral seien die Einbindung der EE in die Beziehungen zu Nachbarstaaten und zur Russischen Föderation, in die Entwicklungspolitik sowie die Aufwertung der Rolle internationaler Finanzierungsinstitutionen bei der Förderung von EE-Maßnahmen.

4. Ausblick

Nach dem Ende der Konsultation mit allen Interessierten, das für den 31. März 2006 vorgesehen ist, wird die Kommission noch im Jahr 2006 einen **Aktionsplan** ausarbeiten.

Ein vom Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie des **Europäischen Parlaments** beratener Entwurf eines Berichts über das Grünbuch begrüßt die vorgeschlagenen Initiativen, betont aber, dass sich die Kommission zunächst verstärkt darum bemühen müsse, dass die Mitgliedstaaten die bestehenden Richtlinien zur EE auch tatsächlich umsetzen. Wichtige Vorschläge des Grünbuchs (Bessere Information der Verbraucher, Energiezertifikate, „grünes“ Beschaffungsrecht) sind z. B. durch die jüngst verabschiedete Richtlinie zur **Endenergieeffizienz** geregelt und werden daher bereits ab 2008 umgesetzt werden müssen.

Im neuen Grünbuch über eine europäische Energiestrategie vom 8. März 2006 greift die Kommission – neben anderen Aspekten – auch die EE wieder auf. Die Förderung von EE und erneuerbaren Energien sei eine wichtige Möglichkeit, der Klimaveränderung entgegenzuwirken und die Abhängigkeit von Energieimporten zu reduzieren. Auch der **Europäische Rat** am 23./24. März 2006 wird sich auf der Basis von Vorschlägen des Energierates mit einer „neuen Energiepolitik für Europa“ beschäftigen. Die Vorschläge „ermutigen“ die Kommission, einen ambitionierten Aktionsplan zur EE vorzulegen.

Quellen:

- Europäische Kommission, Weniger kann mehr sein, Grünbuch über Energieeffizienz, KOM(2005) 265 endg. vom 22.6.2005.
- Europäisches Parlament, Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie, Entwurf eines Berichts über das Grünbuch „Energieeffizienz oder Weniger ist mehr“, Berichterstatter: Alejo Vidal-Quadras Roca, (2005/2210(INI)) vorläufig, vom 27.2.2006.
- Council of the European Union, 2717th Transport, Telecommunications and Energy Council meeting, A new energy policy for Europe – Council conclusions, Press Release v. 14.3.2006.

Christoph Hellriegel, Fachbereich XII – Europa, Tel.: (030) 227-33614,
E-mail: vorzimmer.wf12g@bundestag.de